

Staatsstreich in Zeitlupe

Österreichs Entführung nach "Europa"

Andreas van de Kamp

Wien, 2014

2. KAPITEL: PANEUROPÄER UND ANDERE PATRIOTEN

„Panta rhei“, Heraklit

Am 26. Oktober 2012 kommt ein Grüppchen Ewiggestriger auf dem Wiener Stephansplatz zusammen, um für den österreichischen Staat zu demonstrieren. Die mit rotweißroten Fahnen bewaffneten Kundgebungsteilnehmer zählen höchstens 200 Personen, die Versammlung passt locker zwischen den emblematischen Südturm und das Churhaus, wo der Dom-Klerus seine Schreibstuben hatte.

Zeitpunkt und Ort der Kundgebung sind hoch symbolisch. Die Veranstaltung, die keiner Zeitung auch nur eine Kurzmeldung wert sein wird, findet am Nationalfeiertag statt, der an das Inkrafttreten des Bundesverfassungsgesetzes über die Immerwährende Neutralität erinnert. Nur zehn Jahre davor, unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, war der Stephansplatz in Schutt und Asche gelegen und die Schwarzweißbilder eines Trümmerhaufens, auf dem die Pummerin, die berühmteste Kirchenglocke des Landes, symbolträchtig zerschellt war, haben sich in das kollektive Bewusstsein der Österreicher eingepägt.

Die "Neutralität", die sich aus dieser traumatischen Erfahrung und den weltgeschichtlichen Umständen der folgenden zehn Jahre entwickelt, ist an sich ja nicht mehr als ein blutleerer Fachausdruck. Eigentlich eignet sie sich nicht als Kristallisationskern für die Identität eines Staatsgebildes. Paradoxiertweise war es aber genau dieser völkerrechtliche Status, der es dem neuen Österreich erst ermöglichte, nach Naziherrschaft, Weltkrieg und Russen eine Wiedergeburt in Selbstständigkeit zu erleben.

Die vom österreichischen Parlament angeblich aus "freien Stücken" beschlossene Neutralität war die Bedingung, die die Sowjets stellten, um das Land in der Mitte Europas ziehen zu lassen. Sie war Voraussetzung für die Erlangung der vollen staatlichen Souveränität - ein Privileg, in dessen Genuss Deutschland praktisch bis heute noch nicht gekommen ist.

Der große georgische Massenmörder war zwei Jahre vorher, 1953, gestorben, aber die Aufteilung Europas in zwei Paktsysteme blieb eine vollendete Tatsache. Stalins Nachfolger erachteten es als nützlich, zwischen den Militärblöcken einen Puffer neutraler Staaten einzurichten und der Fall Österreich passte gut in ihre strategischen Überlegungen. Die Amerikaner waren aus militärischen Gründen von der Idee einer Neutralisierung Österreichs zuerst nicht besonders begeistert, denn sie befürchteten, dass ein weiterer neutraler Staat östlich der Schweiz den italienischen Staat von ihrem militärischen Hauptkontingent in Deutschland

abschneiden würde. Letztlich willigten sie aber ein.

Historisch weniger interessierte Zeitgenossen bringen den Nationalfeiertag heute umstandslos mit dem Staatsvertrag vom Mai 1955 in Verbindung - und müssen sich dann unweigerlich über die Fakten belehren lassen. Zum Beispiel von Gerald Stourzh, einem früheren Geschichtspräsident an der Uni Wien: Im Staatsvertrag, sagt er, "ist von der Neutralität nicht die Rede. Der Zusammenhang zwischen Staatsvertrag und Neutralität ist ein historisch-politischer, kein rechtlicher."

Das ist sicher richtig, denn von der "immerwährenden Neutralität" nach dem Muster der Schweiz ist nur in einem kurz davor entstandenen Memorandum die Rede. Aber geschichtliche Ungenauigkeiten wie diese gibt es wie Sand am Meer und die meisten dieser historischen Fehler sind noch viel haarsträubender als dieser. Warum also ärgern sich Politiker und vom Staat bezahlte Historiker schon seit Generationen über diese ungenaue Darstellung und haben nichts Besseres zu tun als ständig diesen "Irrtum" richtigzustellen?

Die Antwort ist simpel. Die Sache war und ist aus politischen Gründen wichtig. Wenn es keinen rechtlichen Zusammenhang zwischen dem Neutralitätsgesetz und dem Gründungsdokument des neuen Staates gibt, dann hat dessen Regierung freie Hand, diesen Status nach Gutdünken zu interpretieren und sie kann - wenn sie eine Verfassungsmehrheit findet - die Neutralität auch wieder abschaffen. Theoretisch.

Die Sowjets haben damals - weil es besser aussah und weil sie Wien damit entgegenkommen wollten¹ - auf die Aufnahme der Neutralität in den Vertragstext verzichtet.

Die Mehrheit der Politiker würde diese Neutralität schon seit langem gerne abschaffen, selbst jene, die das nicht offen aussprechen. Das Problem ist nur: Die Österreicher sind aber zu wenigstens 70 Prozent dagegen. Nur 26 Prozent wollen sie nicht mehr.² Die Abschaffung des Neutralitätsgesetzes könnte an dessen zahlreichen Fans nicht so einfach vorbeigeschmuggelt werden wie z.B. verklausulierte Änderungen in den EU-Verträgen.

Die wenigsten Österreicher verstehen den eigentlichen Sinn dieses Eiertanzes um Neutralität und Staatsvertrag und es ist ihnen eigentlich auch egal. Sie vergessen das eine um das andere Mal den "richtigen" Ablauf und dass das eine formalrechtlich mit dem anderen nicht zusammenhängt. Im Gedächtnis bleibt ihnen nur, dass die Republik 1955 selbstständig geworden ist, weil sie den Russen versprochen hat, für immer neutral zu bleiben. Und das ist ja nicht falsch.

Anders als für die Politiker heißt "immerwährend" für sie aber "für immer" (oder wenigstens: "mehr als ein paar Jahrzehnte") und weil sie politisch selbstständig bleiben wollen, wollen sie auch neutral bleiben.

Diese Einstellung ändert sich kaum. Es sieht so aus, als hätte sich dieser Begriff inzwischen zum Kern des österreichischen Selbstverständnisses entwickelt - ohne dass er noch viel mit dem ursprünglichen Begriffsinhalt zu tun hätte. Die Neutralität ist ein Bekenntnis zur Selbstbestimmung nach außen - und zunehmend auch gegen die eigene politische Klasse - geworden. Sie ist mittlerweile wichtiger als die Jahrhunderte alte Verbindung zur Habsburger-Dynastie (Casa d'Austria).

¹ siehe z.B. Manfred Rotter, Der Staatsvertrag. In: Österreich 1945-1955, Wien 1996. S.123

² <http://derstandard.at/1297818475209/Umfrage-Mehrheit-glaubt-nicht-an-Fortbestand-der-Neutralitaet>

Die Leute vom Stephansplatz, die den Austritt aus der EU verlangen, sind zum größeren Teil ältere Semester, nur eine Handvoll jüngere Familien hat es auch hierher verschlagen. Ein paar Tierschützer und Biobauern sind da und auf einem vereinzelt Plakat wird die Gleichung aufgemacht: „EU = Goldman Sachs“. Das war's dann aber auch schon mit den „üblichen Verdächtigen“. An der Demonstration nehmen keine Autonomen, Feministinnen, Marxisten und Internet-Nerds teil, keine politischen und kirchlichen Jugendorganisationen, keine Soziallobby und erst recht keine Befürworter eines eigenständigen Kurdenstaats.

Der Hauptredner fordert Parlament und Regierung zum Austritt aus der EU auf: „Österreich hat seinen Willen erklärt, für alle Zukunft und unter allen Umständen seine Unabhängigkeit zu wahren und diese mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu verteidigen.“ Eine EU-Mitgliedschaft sei damit auf keinen Fall vereinbar. Die EU-Austrittspartei will diesen Schritt mit einem Volksbegehren erzwingen, einem Volksbegehren, das es zwar formal, aber faktisch nicht gibt, weil nicht darüber berichtet wird. Trotz aller EU-Skepsis in den Meinungsumfragen tut man sich schwer, auf die nötigen Unterstützungserklärungen zu kommen.

Was wie die Versammlung eines Pensionistenvereins aussieht ist der hilflose, halb unterdrückte Aufschrei von Leuten, die sich drei Viertel ihres Lebens in der Mitte der Gesellschaft angesiedelt wähnten und die das plötzlich nicht mehr sind. Personen, die mit knisternden Radioaufnahmen und flackernden Wochenschau-Berichten groß geworden sind, in denen der erste Nachkriegskanzler sagt: „Ich kann Euch für Euren Christbaum keine Kerzen geben, wenn ihr überhaupt einen habt. Kein Stück Brot, keine Kohle zum Heizen und kein Glas Wein. Wir haben nichts. Ich kann Euch nur bitten: Glaubt an dieses Österreich!“

Oder wie dieselbe Person zehn Jahre später als Außenminister im Schloss Belvedere proklamiert: „Österreich ist frei!“

Ob die Kids in der Schule heute auch noch mit solchen Soundbytes traktiert werden? Wer weiß! Die Kaltblüter in den Schaltzentralen der Macht haben es inzwischen jedenfalls gründlich satt, sich mit solchem Schmus öffentlich sehen zu lassen.

Mittlerweile im Regierungsviertel...

Inzwischen gehen die politischen Würdenträger am Ballhausplatz ihren eigenen Feiertagsritualen nach. Zwei ORF-Kameras sind auch dabei. Die offiziellen Feiern haben zwar nicht wirklich etwas mit dem heimlichen Geburtstag der kleinen Republik zu tun, aber das scheint den Kanzlern, Ministerinnen und Präsidenten nichts auszumachen. Ihnen geht es weniger um den historischen Anlass, sondern eher um Loyalitätsbekundungen für ihre größere Heimat.

Zur Feier des Tages haben die Ministerien ihre Tore für das gemeine Volk geöffnet und geben diesem die Gelegenheit, einen Blick in das Alltags-Ambiente der Regierenden zu werfen. Den Vogel schießt diesmal der christdemokratische Vizekanzler, Außenminister und ÖVP-Obmann Michael Spindelegger ab, der in (fast) allen diesen Funktionen der direkte politische Erbe Leopold Figls ist.

Vor den staunenden Leuten hebt Spindelegger einen 23 Jahre alten Brief in die Höhe wie ein Priester eine Monstranz oder Reliquie. Es handelt sich um das Original des „EG-Briefs“, des 1989 abgeschickten Beitrittsansuchens zur Europäischen Gemeinschaft. Das Dokument ist, wie seine Presseleute versichern, noch nie öffentlich zu sehen gewesen.

Von solch diplomatischem Feingefühl will sich sein sozialdemokratischer Regierungskollege nicht in den Schatten stellen lassen. Als Bundeskanzler muss Werner Faymann - wie am

Nationalfeiertag Brauch - Rekruten vereidigen. Die Aufgabe ist diesmal heikler als sonst, denn Faymanns Partei ist zuvor in einem spektakulären Schwenk vom hundert Jahre lang vertretenen Konzept eines Milizheers abgerückt.

Nachdem sie seit 1918 für die Wehrpflicht war, tritt die größere Regierungspartei jetzt für die Umstellung auf ein Söldnerheer und den Ersatz der Zivildienstler durch professionelle Krankenpfleger ein.

Eigentlich waren die Sozialdemokraten schon viel länger für die allgemeine Wehrpflicht gewesen, weil diese gut zu ihren Grundsätzen passte. Aber 1918 kamen sie erstmals in Regierungsämter und ein Roter, Julius Deutsch, verhinderte auch mithilfe der allgemeinen Wehrpflicht, dass in Wien eine Räteregierung wie in München oder Budapest eingerichtet wurde. Nach 1934 haben die Sozialdemokraten dann die Idee eines Wehrpflichtigenheers besonders ins Herz geschlossen, weil ihre politischen Vorfahren von einem Berufsheer zusammengeschossen wurden. Den Schießbefehl gab ein christlichsozialer Bundeskanzler.

Aber das war schon lange her. Die wehrpolitische Kehrtwende der Roten war von einem Gambit zwischen dem Wiener Bürgermeister und dem niederösterreichischen Landeshauptmann heraufbeschworen worden, eigentlich einem taktischen Spielchen, bei dem es um Landtagswahlen und politische Zielgruppen gegangen war.

Natürlich spielte für die SPÖ auch eine wesentliche Rolle, dass schlecht ausgebildete, wenig motivierte Amateure militärisch weder für die NATO noch für die sogenannten Battlegroups brauchbar waren, die Embryonalform einer EU-Armee. Das sah und sieht auch Spindelegger so, der ein "gelernter Verteidigungspolitiker" und an sich ein großer Fan der schnellen Eingreiftruppen der EU ist.³ Aber so lange seine Selbstbeherrschung ausreicht, sagt er so etwas nicht öffentlich.

Weil aktive Politiker wissen, wie dieses Thema beim Publikum „ankommt“ spielt das in der öffentlichen Rede keine Rolle. Sie beißen sich lieber die Zunge ab als offen für die Einrichtung eines europäischen Militärapparats einzutreten. Denn auch wenn dabei "nur" Berufssoldaten ihren Kopf hinhalten müssten - ein kostspieliges EU-Militär wäre ohne Zweifel noch unpopulärer als es heute der ohnedies schon ungeliebte österreichische Wehrdienst ist. Für die an sich vertraglich vereinbarte EU-Armee treten nur ehemalige Politiker ein, die nicht mehr gewählt werden müssen.⁴

Die Wehrpflicht-Frage wurde wenige Monate danach in einer bundesweiten Volksbefragung entschieden, in der sich SPÖ und ÖVP gegenüberstanden. Die ÖVP, die noch zehn Jahre zuvor für ein Berufsheer eingetreten war, gewann und die SPÖ, die 100 Jahre für die Wehrpflicht eingetreten war, verlor die Abstimmung - ein Beweis dafür, wie ungerecht die politische Welt ist.

Doch zurück zur Angelobung in der Hofburg am Nationalfeiertag. Faymann hat bei seiner Ansprache vor den Jungsoldaten eigentlich „zwei Hüte auf“. Als Regierungschef muss er die Jungsoldaten eigentlich in ihrer Opferbereitschaft bestärken, wenn diese schon versprechen müssen, im Kriegsfall ihr Leben für den Staat einzusetzen, Faymann ist aber auch Vorsitzender der SPÖ und hat sich als solcher der Abschaffung jener Institution verschrieben, deren Angehörigen er gerade den Eid abnimmt.

³ APA 509, 15.10.2012

⁴ Z.B. der frühere Bundeskanzler Franz Vranitzky in der "Presse" am 3. Oktober. 2012.

Das Ergebnis der vertrackten Situation ist eine noch vertracktere Ansprache voll vager Andeutungen. Faymann erzählt den Jungmännern (und wenigen -frauen), dass sich die Zeiten geändert hätten, dass die Europäische Union heute etwas Ähnliches sei wie der Staatsvertrag 1955, nämlich „ein Friedensprojekt“, und dass die Republik mit anderen europäischen Staaten schon deswegen solidarisch sein müsse, weil sie nach dem Zweiten Weltkrieg auch Hilfe erfahren habe.⁵

Der Kanzler spricht dabei jene 40 Milliarden Euro für die Rettungsschirme an, die die von ihm geführte Regierung den künftigen Steuerzahlern aufgebürdet hat. Das entspricht etwa zwei Drittel aller Steuereinnahmen eines Jahres. Nach offizieller Darstellung handelt es sich dabei aber um keine echte Neuverschuldung, weil es ja nur um Bürgschaften und Kapitalzusagen gegangen war, die ja noch gar nicht ausgegeben wurden.

Deutlicher noch wird am Abend das Staatsoberhaupt. Heinz Fischer lässt bei seiner Fernsehansprache anklingen, die Österreicher hätten lediglich die Wahl, im übertragenen Sinn (finanziell) oder wirklich (auf dem Schlachtfeld) zu bluten - eine Drittes gibt es für ihn offenbar nicht; „Die Finanzierung von vielen europäischen Rettungsschirmen würde wohl nur einen Bruchteil dessen kosten, was die Finanzierung eines einzigen Krieges kosten würde“, sagt Fischer wörtlich.

Seit langem war der Bevölkerung nicht mehr so unverblümt „Geld oder Leben“ zugerufen worden. Die Zeitungen schrieben nachher salbungsvoll, Fischer habe zu Solidarität mit Europa „gemahnt“, aber bei vielen nicht-journalistischen Zuhörern stellte sich eher der Eindruck einer versteckten Drohung ein.⁶

Rotweißrote FPÖ

Zwei Tage vorher hatte der Chef der größten Oppositionspartei die politische Führungsmannschaft mit Edward John Smith, dem Kapitän auf dem berühmtesten Havarie-Dampfer der Weltgeschichte verglichen.

„Aber der Kapitän dieser Euro-Titanic baut nicht einfach einen Unfall, sondern steuert absichtlich auf den Eisberg zu in der festen Überzeugung, dass sein Rammkurs den Eisberg versenkt und das Schiff keinen Schaden nehmen wird“, wettete HC Strache in einem Wiener Ringstraßenpalais.

„Wir Österreicher dürfen nicht mehr selbst entscheiden, wohin wir steuern“, beklagt er sich vor einem Meer rotweißroter Fahnen und stellt - wieder einmal - den Führungsanspruch. Er habe das Recht, Bundeskanzler zu werden, „denn ich glaube an die Österreicherinnen und Österreicher, und ich glaube an dieses unser Heimatland!“⁷

Ein politischer Beobachter, der 20 Jahre lang im Tiefschlaf versetzt und gerade erst aufgeweckt worden wäre, hätte sich erstaunt die Augen gerieben: War das nicht eben der Vertreter jener Partei gewesen, die es traditionell vorgezogen hatte, von „Staats-“ statt „Nationalfeiertag“ zu sprechen? Der Nachfolger des Mannes, der die Öffentlichkeit 1988 in konvulsivische Zuckungen versetzt hatte, weil er die österreichische Nation als „ideologische Missgeburt“ bezeichnet hatte? Der Obmann jener Gruppierung, die 1955 als einzige gegen das

⁵ OTS028, 26.10.2012, APA330, 26.10.2012

⁶ Das Urbild der indirekten Ankündigung von Gewalt findet sich in "Der Pate", einem berühmten Mafia-Film aus dem Jahr 1972: "Ich werde ihm ein Angebot machen, das er nicht ablehnen kann."

⁷ OTS 226.24.10.2012

Neutralitätsgesetz gestimmt hatte und die jahrzehntelang für den Beitritt zur EWG eingetreten war, was ihr von den anderen als Verrat am selbstständigen Staat und Wunsch nach einem neuen Anschluss an Deutschland ausgelegt worden war?

War das nicht der heutige Führer der „originalen Europa-Partei“ des Landes? Und der politische Urenkel jenes Gründungsobmanns, der 1938 in einer Übergangsregierung von Hitlers Gnaden gesessen war und dabei den Anschluss an Deutschland mit vorbereitet hatte? Jenes Anton Reinhaller, den man nach dem Krieg wegen Hochverrats eingesperrt und dessen Vermögen man konfisziert hatte?

Ebendieser. Strache ist mit 44 für einen Spitzenpolitiker noch jung, aber er ist ein Mann mit Vergangenheit. Er war in seiner Jugend bei einer deutschnationalen Burschenschaft gewesen. Ein während eines innerparteilichen Machtkampfs aufgetauchtes, 20 Jahre altes Foto zeigt ihn mit der Mütze seiner Verbindung.

Er macht eine Geste, die einem damaligen Neonazi-Gruß zum Verwechseln ähnlich sieht. Nachdem das Bild aufgetaucht war, meinte die FPÖ, auch einmal Anrecht auf ein bisschen Gutgläubigkeit zu haben und kommentierte, der Abgebildete habe mit seiner Geste nur „drei Bier bestellen wollen“. Die FPÖ ging und geht zum Gaudium der Medien unehrlich mit diesen Fotos um.

Dann gibt es noch Fotos, die Strache bei etwas zeigen, das üblicherweise als "paramilitärische Übung" bezeichnet wird (FPÖ: "Paintball-Spiel"). Auch hier ist kein Hakenkreuz oder ähnliches zu sehen, aber Atmosphäre, Gesten und Haltungen sind eigentlich selbsterklärend: So muss der viel zitierte "rechte Rand" aussehen.

Aber die Fotos bedeuten nicht viel mehr, als dass Strache in seiner Jugend Sympathien für deutschnationale, vielleicht rechtsextreme Ideen gehabt hat und dass er dementsprechend organisiert war; es sagt über den heutigen Politiker nur aus, dass er vor 20 Jahren ein Radikaler und Demokratiegegner war, wie manche auf der Linken auch. Auch diese Fotos und Filme gibt es, sie werden meist aber nicht publiziert; zu Recht, weil sie wenig relevant sind.⁸ Für die einen wie für die anderen gilt bis zum Beweis des Gegenteils: Menschen können sich ändern und sie tun das üblicherweise auch.

Der FPÖ-Obmann steckt dessenungeachtet heute noch im „braunen Sumpf“, sagen seine Gegner. Zum Beweis führen sie persönliche Naheverhältnisse und Facebookseiten an, die noch heute die mittlerweile größte Arbeiterpartei des Landes mit deutschnationalistischen und ausländerfeindlichen Gruppen verbinden sollen.⁹

Das sind schwer wiegende Vorwürfe - sofern sie einer Überprüfung standhalten und es sich dabei nicht um medial erzeugte Kunstprodukte oder bloße politische Rhetorik handelt.

Genau das vermuten die Anhänger des FPÖ-Politikers. Wahrgenommen scheinen diese Berichte jedenfalls nur noch von jenen zu werden, die den Mann ohnedies nicht gewählt hätten. Die anderen kennen im wirklichen Leben oft welche, die noch weit radikalere Ansichten vertreten oder sie sind überzeugt, dass die jahrzehntelang verfolgte Einwanderungspolitik ein schwerer Fehler war und dass die Integrationspolitik von SPÖ und ÖVP gescheitert ist.

⁸ So lange als es nicht z.B. konkrete Hinweise darauf gibt, dass scheinbar "Geläuterte" dem alten Glauben anhängen und dass sie diesen mit früher erlernten, demokratiewidrigen Taktiken umsetzen.

⁹ Siehe z.B. Hans-Henning Scharsach, Strache: Im braunen Sumpf, 2012, oder <http://www.news.at/a/facebook-gruppe-fpoe-es-wird-weiter-gehetzt>

Viel hängt davon ab, ob man die in den Enthüllungstexten mitgelieferten Wahrnehmungsraster und die impliziten Urteile übernimmt. Ist das nicht der Fall, bleibt oft nur ein ratloses Achselzucken und die Frage übrig: "Und wo bleibt die Pointe?"

Die einen ärgern sich, wenn Personen Schlechtpunkte verteilen, die sich mit wohlwollender Unterstützung der heute Mächtigen aufs hohe moralische Ross setzen und aus sicherer zeitlicher Distanz in einen Kampf ziehen, den sie 1939 wohl kaum geführt hätten. Und andere fühlen sich für dumm verkauft, wenn vor Wahlen Berichte über Sieg-Heil-Rufe und zum Hitlergruß gereckte Arme bei FPÖ-Versammlungen ins Kraut schießen oder Ohrenzeugen an prominenter Stelle über politisch inkorrekte Aussagen in belauschten Privatgesprächen berichten. "Man merkt den Zweck und ist verstimmt", schrieb Wilhelm Busch einmal.

Vor acht Jahren wurde Strache FPÖ-Vorsitzender und seit diesem Zeitpunkt besteht ein großes politisches Interesse an einer hieb- und stichfesten Neonazi-Story, die jünger ist als zwei Jahrzehnte. Eine solche ist bis jetzt noch nicht aufgetaucht.

Weil die politische Realität aber zuerst oft aus Wahrnehmung und erst in zweiter Linie aus Fakten besteht, muss das nicht ausschlaggebend sein. Wichtig ist der Eindruck, der hängen bleibt. Die angebliche Nähe Straches zum Rechtsextremismus scheint kein beliebiges politisches Thema wie jedes andere, sondern eine schwer veränderbare Einstellung bei der Hälfte der FPÖ-Wähler zu sein.

Sie ist ein politisches Faktum geworden, wie die regelmäßig gestellte „Kanzlerfrage“ nahezu zugegen scheint. Mit dieser messen Umfrageinstitute die Präferenz für Kandidaten für den Fall einer Direktwahl.

Während mehr als 20 Prozent die „soziale Heimatpartei“ gewählt haben, will angeblich nur die Hälfte davon, dass der FPÖ-Obmann Bundeskanzler wird - viel weniger als Faymann und Spindelegger, deren Kanzlerwerte an oder knapp unter den Parteiwerten liegen. Das kann ein Hinweis darauf sein, dass die Hälfte Protestwähler sind - oder aber, dass der mediale Druck auf Strache seine Wirkung nicht verfehlt.

Dabei unterscheidet sich "HC" nur in zwei Punkten für alle merkbar von Politikern der ehemaligen Großparteien. Einmal durch eine demonstrativ zur Schau getragene harte Haltung bei Asyl- und Einwanderungsthemen und seine Bereitschaft, soziale und politische Probleme einer "multikulturellen Gesellschaft" offen zum Thema zu machen (Schule, Kriminalität).

Der zweite Punkt, in dem sich der Oppositionspolitiker deutlich abhebt, ist seine Haltung zur EU-Integration. Die FPÖ favorisiert ein "Europa der Vaterländer", einen Staatenbund. Ansonsten ist Strache aber wie die anderen Politiker.

Das Dritte und Vierte Lager

Auf der politischen Rechten ist der FPÖ ein neuer Konkurrent erwachsen, Frank Stronach, der Gründer des internationalen Autozulieferkonzerns Magna. Der Steirer, der in den 1950er-Jahren nach Kanada ausgewandert war, hat Karriere nach dem Muster des „amerikanischen Traums“ gemacht - vom Facharbeiter zum Milliardär.

Die von ihm aus dem Boden gestampfte Partei hat sich scheinbar mühelos der Haider-Gründung BZÖ bemächtigt und ist auch sonst zum Hoffnungsträger geworden – für Mandatare, die auf den Listen anderer Parteien keinen Platz mehr gefunden haben.

„Frank“ zog aber auch zahlreiche Angehörige der politischen Klasse an, deren erste Sorge

nicht politische Ämter waren - Dissidenten aus der bürgerlichen Reichshälfte, die verzweifelt genug waren, im „Team Stronach“ eine Alternative zu ÖVP und FPÖ zu sehen.

Nach dem enttäuschenden Abschneiden bei den Wahlen 2013 sollten sie neu lernen, dass im Zweifelsfall immer diejenigen das Sagen haben, die die Parteifinzen kontrollieren. Der alte Wirtschaftskapitän hatte es ja auch nie verhehlt: „Wer das Gold hat, macht die Regeln.“

Man kann Stronach ja einiges nachsagen - nicht aber, dass er mit seiner Meinung schüchtern hinter dem Berg halten würde. Beispielsweise im Herbst 2012, als ihm zu den österreichischen politischen Verhältnissen folgendes einfiel:

„Das ist eine Bande aus Inzucht, Machterhaltung und Selbstbedienung. Die letzten 50 Jahre haben die beiden Großparteien, selbst bei guter Konjunktur, nur Schulden gemacht. Mein Gewissen sagt mir daher: Frank, mach was dagegen!“¹⁰

Der frühere sozialdemokratische Politiker Hannes Androsch kontert daraufhin trocken, Stronach sei nicht glaubwürdig, weil er bis vor kurzem „Teil des Systems“ gewesen sei: „Er hat Politiker aller Couleurs eingekauft, die ihm stets bei seinen Deals geholfen haben.“

Diese Aussage ist eigentlich sensationell, denn Androsch weiß, wovon er spricht. Neben ihm lebt heute keiner mehr, der in den vergangenen 40 Jahren so sehr „Teil des Systems“ gewesen ist wie Androsch. Er war in seiner Jugend nicht nur SP-Spitzenpolitiker, sondern über die folgenden vier Jahrzehnte auch Banker, Industrieller, Partei-Berater und ist heute noch Aufsichtsratsvorsitzender der „Banken-ÖIAG“ Fimbag.

Der ehemalige Vizekanzler ist mittlerweile 75 und, wie er ironisch sagt, "oberhalb der Baumgrenze" angelangt. Soll heißen: Zu alt, um sich über seine Karriere noch Gedanken zu machen. Seinem Gedächtnis auf die Sprünge geholfen hat wohl der Umstand, dass Stronach nie zu Androschs Freunden gehört hat und dass ihm dieser in den 1990ern eine Firma vor der Nase weggeschnappt hat.

Es hat einen Stronach gebraucht, dass ein Kenner und Geheimnisträger wie Androsch sozusagen offiziell zu Protokoll gibt, wie „es“ funktioniert: Berufspolitiker sind während ihrer Amtszeit Unternehmen/Interessengruppen gefällig und holen sich nach dem Ausscheiden den Lohn dafür ab.

Tatsächlich war der aus Übersee Zurückgekehrte selbst lange Zeit „Teil des Systems“. Nachdem ihn vor 20 Jahren das Heimweh gepackt hatte und er sich immer öfter in Österreich blicken ließ, hatte Stronach sofort Zugang zu den höchsten Etagen, denn er brachte im Gepäck viele Tausend Industriearbeitsplätze mit.

Das fing in den 1990ern an, als seine 438 Millionen Dollar für die für Steyr Daimler Puch bezahlte – die wohl einzige (kommerziell) gelungene Investition in seiner alten Heimat. Während sich die Grazer Autofabrik zu beeindruckender Größe aufblähte, begann Stronach, ein Projekt nach dem anderen zu wälzen und Ex-Politiker in Serie anzuwerben - was seine Popularität unter den „Bandenmitgliedern“ noch einmal enorm steigerte. Zu seinen Mitarbeitern zählten u.a. der spätere Finanzminister Karl-Heinz Grasser, der vormalige SP-General Andreas Rudas, FP-Klubchef Peter Westenthaler nach seinem ersten Abgang aus der Politik sowie der vormalige steirische Landesrat Herbert Paierl.

¹⁰ "trend" 10/2012

Stronach ist heute 81. Er hat die Magna 2010 verkauft. Und er war und ist wohl überzeugt, eine wichtige Botschaft für die Österreicher zu haben - sonst hätte er hier nicht so viel Geld ausgegeben. Aber die österreichische Politik und ihre Intrigen scheinen ihn heute nicht viel mehr zu interessieren als die Fußballklubs, die er früher gesponsert hat.

Ein anderer Wirtschaftskapitän, der sich schon in den 1990ern in der heimischen Politik "vergnügt" hat, hat dem Austrokanadier geraten, sich „eine dicke Haut zulegen. Er wird etwas kennenlernen, was er nicht gewohnt ist und mit dem er vor allem nicht rechnet: Dass er sozusagen Freiwild ist bis zu einem gewissen Grad", kommentierte Strabag-Chef Hans Peter Haselsteiner in einem Interview.¹¹ Das Mitgefühl, das in dieser Aussage durchschimmert, muss eine Art Solidarität zwischen milliardenschweren Senioren sein.

Auch der Bau-Tycoon hat sich in seinem Unternehmen schon aufs Altenteil zurückgezogen. Er ist später übrigens selbst wieder in den österreichischen Wahlkampf eingestiegen und hat mit einem Bruchteil des Aufwands, den Stronach getrieben hat, eine neue Partei ins Parlament gehoben.

Politisch gibt es zwischen dem ehemaligen LIF-Politiker und dem Austrokanadier aber wenigstens einen riesigen Meinungsunterschied. Der betrifft die EU. Haselsteiner ist ein „Glühender Europäer" und der erste Wirtschaftstreibende, der hierzulande sein Unternehmen von einer AG auf eine SE („Societas Europea") umgestellt hat.

Auch Stronach ist ein Wirtschaftsliberaler wie Haselsteiner und als (ehemaliger) Großindustrieller instinktiv gegen kleine Wirtschaftsräume eingestellt. Er will auch keineswegs eine Rückkehr zu fragmentierten, nationalen Märkten. Er sieht aber, dass das Integrationsmodell der Europäisten in die Sackgasse geführt hat und meint, dass der "Euro sich sowieso früher oder später auflösen wird. Die gemeinsame Währung von Ländern mit grundverschiedener Wirtschaftsleistung ist gegen die Natur.¹²

Mehr noch als die Position Stronachs hat jene Haselsteiners einen aktuellen geschäftlichen Hintergrund. Als Auftragnehmerin hat die Strabag von den nach Osteuropa fließenden EU-Fördermitteln so direkt profitiert wie kaum ein anderes österreichisches Unternehmen.

Haselsteiners NEOS sind heute zusammen mit den Grünen Bestandteil eines politischen Blocks, den man das „Vierte Lager" in der österreichischen Politik nennen könnte - linksliberale Parteien, die für einen großen EU-Bundesstaat eintreten. Beide wären prinzipiell daran interessiert, sich sozusagen als Beimischung in den Block des alten Machtkartells holen zu lassen - und wegen ihrer EU-Position gibt es dafür auch kein prinzipielles Hindernis. Weil SPÖ und ÖVP 2013 aber noch einmal die absolute Mehrheit bekommen haben, hält sich deren Bedürfnis nach einem weiteren politischen Bettgenossen aber in Grenzen.

Das neue „Dritte Lager" kommt dafür ohnedies nicht in Frage. Das dafür ausschlaggebende Kriterium ist heute die Antwort auf die Gretchenfrage nach der europäischen Integration. Über Ämter und Pöstchen kann und muss man nach den Wahlen reden - aber wer für SPÖ und ÖVP nicht dem richtigen EU-Glauben anhängt, hat sich als Koalitionspartner disqualifiziert. Der richtige Glaube besteht im Wesentlichen im Wunsch nach einem EU-Staat.

Das aber kommt weder für Strache noch für Stronach oder auch für die versprengten Reste

¹¹ Standard, 28.8.2012

¹² "News, 29.6.2013

des BZÖ in Frage, das am 29. September 2013 am Einzug ins Parlament gescheitert ist.

Diese Parteien bilden bei aller sonstigen Verschiedenheit ein neues „Drittes Lager“.

Das bis Mitte der 1980er-Jahre bestehende „Dritte Lager“ des alten Parteiensystems war eine politische Restgröße gewesen, die selbst in den größten Krisen nie auf mehr als zehn oder zwölf Prozent gekommen war.

Das neue „Dritte Lager“ steht mittlerweile für etwa ein Drittel der Wähler, die sich oft als „rechts der Mitte“ stehend einordnen. Sie sind in der Mehrzahl gegen einen „großen Staat“ und durch die Bank „EU-Skeptiker“. Als solche sind sie zwar potenziell mehrheits-, für SPÖ und ÖVP aber nicht koalitionsfähig.

3. KAPITEL: DIE KINDESWEGLEGUNG

„Hochverrat ist eine Frage des Datums.“ Charles Maurice de Talleyrand, französischer Diplomat

„Man kann aus einem leidenschaftlichen Bedürfnis nach Schärfe und Genauigkeit oder Schönheit dahin kommen, daß einem Fortwursteln besser gefällt als alle Anstrengungen in neuem Geiste! Ich wünsche dir dazu Glück, daß du Österreichs Weltsendung entdeckt hast.“ Robert Musil, Mann ohne Eigenschaften

Dem zum Österreich-Patrioten erblühten Strache und dem Rest der EU-kritischen Rechten stehen zwei Staatsparteien gegenüber, die über fünf Jahrzehnte lang ein Vorrecht auf Patriotismus beansprucht haben. Das mit einem gewissen historischem Recht, denn ÖVP und SPÖ haben nach dem Zusammenbruch Hitlerdeutschlands die Rolle der politischen Paten der Zweiten Republik übernommen. Sie waren es, die 1945 um die Wiege des frisch geborenen „Babys“ standen.

Ein Gründungsmythos¹³ will wissen, dass sich die miteinander verfeindeten Politiker in den Nazi-Konzentrationslagern ausgesöhnt und damit erst das Entstehen eines selbstständigen Staats ermöglicht haben.

Wirklich ? Nun - vielleicht. Vielleicht haben sie sich nicht wirklich versöhnt und das Verdienst der Gründerväter bestand zunächst nur darin, den Russen und Amerikanern in die Arme zu laufen. Die Besatzungsmächte benötigten zu diesem Zeitpunkt jedenfalls dringend Personal für die Führung der Tagesgeschäfte - politisch nicht kompromittierte Leute mit der passenden Muttersprache (und Sprachfärbung).

Dennoch kann keine Rede davon sein, dass SPÖ und ÖVP von den Besatzern irgendwie im Rucksack mitgebracht oder als Marionettenregierung eingesetzt worden wären (wie das heute oft der Fall ist). Karl Renner und Leopold Figl waren von Anfang an populär und verfügten über eine große Integrationskraft; sie waren das Symbol dafür, dass der Alptraum vorbei war und sich die Leute Hoffnung auf einen Neuanfang machen durften.

Wähler, die sich heute nicht mehr zuzugeben trauen, soeben doch wieder für SP oder VP gestimmt zu haben, können sich das kaum noch vorstellen. In der ersten Wahl nach dem Krieg

¹³ Der "Geist der Lagerstraße"

votierten 94 Prozent für die beiden Großparteien, die damals noch zu Recht so hießen.

Die entscheidenden historischen Verdienste erwarben sich Rot und Schwarz in den zehn Jahren nach dem Krieg, in denen sie im sowjetisch besetzten Osten ein Abdriften in eine kommunistische Diktatur verhinderten. Sie bewahrten das Land vor dem Rückfall in eine unproduktive Kommandowirtschaft und konnten eine weitere Teilung des seit 1918 ohnedies schon stark verkleinerten Staatsgebiets abwenden. Politiker von SPÖ und ÖVP raufte sich 1954/55 um jeden Halbsatz im österreichischen Staatsvertrag und waren dabei letztlich erfolgreich.

Im Zeichen der Reblaus

„Sie waren schlechte Redner, sie lasen wenig Bücher, tranken immer denselben Wein und aßen die gleichen drei Gerichte – aber sie haben das Vaterland gerettet.“ Gerd Bacher

Die Rede ist von Leopold Figl und Bruno Kreisky, Julius Raab und Adolf Schärf und nicht von freiheitlichen oder grünen Politikern, auch nicht von NEOS oder Stronach-Leuten. Die Gründerväter mögen die „Fortune“ gehabt haben, zur richtigen Zeit am richtigen Platz gewesen zu sein, aber es war nicht nur das sprichwörtliche „Glück der Dummen“. Sie hatten die Auffassungsgabe, die Hartnäckigkeit und das Geschick, die historische Gelegenheit wahrzunehmen und zu nutzen.

Die Schulkinder haben es jahrzehntelang eingebläut bekommen: die Entstehung eines freien Staats an der Nahtstelle des Kalten Kriegs war ein Wunder, zumindest aber ein historisches Unikum.

In der Legende mussten die Verhandler vor allem bei den Russen zum letzten Mittel greifen. Eine berühmte zeitgenössische Karikatur zeigt die österreichische Delegation, die von vor Rührung weinenden Sowjets umgeben ist. Der Außenminister flüstert dem Zither spielenden Bundeskanzler zu: „Jetzt, Raab, no die Reblaus¹⁴, dann san's waach!“

Die Österreicher vergaßen der Volkspartei und den Sozialisten diesen Erfolg nicht - jedenfalls nicht so schnell. Sie rechneten es ihnen auch an, dass der Staat bei den klassischen Kriegsreparationen relativ glimpflich davongekommen ist.¹⁵

Ohne Zweifel wurde den Österreichern schon lange vor der Erfindung des Begriffs „Politikverdrossenheit“ klar, dass ÖVP und SPÖ auf ihre Kosten halbe-halbe gemacht und sich der Strukturen bemächtigt; und dass sie gegen den Geist der republikanischen Staatsform eine Oligarchie, eine Herrschaft der Wenigen errichtet hatten.

Nicht nur den Nutznießern dieses Systems und den Intellektuellen, sondern auch den Zeitungen war schon in den 1960ern das Schlagwort vom Proporzsystem geläufig. Und doch scheint das Unbehagen im Establishment stärker gewesen zu sein als bei den einfachen Leuten.

Die „Zweiparteien-Diktatur“ schmälerte die Beliebtheit von SPÖ und ÖVP bei den Wählern zunächst nur wenig: Weder die Wahlbeteiligung noch die Unterstützung der beiden Großparteien

¹⁴ Heurigenlied

¹⁵ Die Anerkennung Österreichs als Opfer Hitlerdeutschlands war übrigens auch das Verdienst der viel kritisierten letzten österreichischen Regierung. Kurt Schuschniggs "Ich weiche der Gewalt" war im März 1938 bedeutungslos, wirkte später aber wie der letzte Notariatsakt einer vergewaltigten Nation.

gingen in einem nennenswerten Ausmaß zurück, wie ein Vergleich von Nationalratswahlen zeigt, zwischen denen immerhin ein Zeitraum von 30 Jahren liegt.

1956, bei der ersten Wahl nach dem Staatsvertrag, konnten ÖVP und SPÖ zusammen 89 Prozent der Stimmen erringen. Bei der Wahl 1986 kamen sie auf zusammen immerhin noch 84,4 Prozent, obwohl klar war, dass man nach 16-jähriger Unterbrechung wieder zur verschlissenen Großen Koalition zurückkehren würde.¹⁶ Dieser Rückgang ist vergleichsweise geringfügig.

	1956	1986	1999
SPÖ	43	43,1	33,2
ÖVP	46	41,3	26,9
SPOVP/(Bet.)	89 (94,3)	84,4 (90)	60,1 (80,4)

Tabelle 1: Politische Erosion - NR-Wahlen in %

Die politische Legitimation von ÖVP und SPÖ hängt im Kern bis heute eng mit der Wiederherstellung der Eigenstaatlichkeit und der Erlangung einer bis dahin ungekannten Freiheit und wirtschaftlichen Prosperität zusammen.

In den 1990er-Jahren haben sich diese Parteien aber - aus welchen Gründen immer - dazu entschlossen, auf dieses Erbe zu verzichten. In kaum merkbaren Trippelschritten distanzieren sie sich vom bis dahin geförderten kleinösterreichischen Patriotismus. Vor allem aber wurde ihnen die Vorstellung der Bürgersouveränität zunehmend suspekt, dem bis dahin unbestrittenen Recht des „Citoyen“¹⁷, das politische Schicksal "seines" Staats selbst mitzubestimmen.

Mit der Wende haben SPÖ und ÖVP auch ihre Loyalitäten gewechselt. Diese gelten nicht mehr jenen, die ihre Politiker mit Mandaten ausgestattet haben, sondern einem noch kaum erkennbaren europäischen Staat und - vielleicht - einem noch viel nebulöseren Unionsvolk. Wenigstens in der Theorie. Praktisch leiten die beiden Parteien heute ihre Herrschaftsberechtigung vom Wohlwollen befreundeter Regierungen, der Kommission oder von einigen wenig repräsentativen Abgeordneten im Europa-Parlament ab.

SPÖ und ÖVP haben sich zu dieser politischen Kindesweglegung nie offen bekannt, ihr Verhalten war und ist aber eindeutig. Juristen umschreiben ein solches Agieren mit dem Begriff "konkludentes Handeln".¹⁸ Damit bezeichnet man ein "schlüssiges Verhalten", mit dem jemand seinen Willen zum Ausdruck bringt ohne diesen auszusprechen.

"Konkludentes Handeln" liegt beispielsweise vor, wenn jemand ohne Fahrkarte in eine U-Bahn einsteigt. Wird diese Person als Schwarzfahrer erwischt, kann sie sich nicht damit ausreden, sie habe nie verlangt, von A nach B transportiert zu werden. Ähnlich haben die Berufspolitiker von SPÖ und ÖVP durch ihr Handeln zu erkennen gegeben, dass ihnen der Wille der Bevölkerung in Sachen Europapolitik oder Neutralität einerlei ist. Und weil das seit

¹⁶ Der junge Rechte Jörg Haider hatte zuvor den bisherigen SP-Koalitionspartner Norbert Steger als FP-Chef ersetzt und der neue SP-Chef Franz Vranitzky hatte sich festgelegt, er werde Haider nicht als Koalitionspartner akzeptieren.

¹⁷ "Staatsbürger, der in der Tradition und im Geist der Aufklärung aktiv und eigenverantwortlich am Gemeinwesen teilnimmt"; <http://de.wikipedia.org/wiki/Citoyen>

¹⁸ http://de.wikipedia.org/wiki/Konkludentes_Handeln

Jahrzehnten nach demselben Muster passiert, kann es sich nicht um einen Zufall oder eine Ausnahme handeln.

Den schlechten Eindruck, den sie hinterlassen, versuchen Rot und Schwarz durch symbolische Politik zu zerstreuen, etwa mit dem „Demokratiepaket“, das vor den Wahlen 2013 lauthals angekündigt und danach auf die lange Bank geschoben wurde. Dieses Gesetz und die Stellungnahmen, die sie sogenannte „tiefe Politik“, das Establishment, dazu verfasste, erzeugten ein wahres Feuerwerk von politischen Pointen.

Die witzigsten davon sind, dass die vorgeschlagenen Volksbefragungen unverbindlich sein sollen, aber zur Sicherheit noch von der Wahlbehörde (!) verhindert werden können, sowie dass EU-Recht im Vorhinein keiner Volksabstimmung unterworfen werden darf¹⁹ - eine Gesetzgebung, deren Nachvollzug ja 80 Prozent der Tätigkeit des österreichischen Parlaments ausmacht.

In Österreich pflegt man derlei als „Pflanzerei“ zu bezeichnen.

Die Bürger sind machtlos dagegen. Die einzige Handhabe, die ihnen gegen ihre Verarschung bleibt, ist die Massenflucht in der Wahlzelle. Das passiert seit 20 Jahren laufend und in großem Umfang, wahrscheinlich aber nicht schnell genug, um das Schlimmste zu verhindern.

Diese Absatzbewegung wird von den Demoskopern und Politologen nur wenig beachtet. Die halten das für schlechte Laune, Demokratiemüdigkeit, oder einen Automatismus, mit dem man sich abzufinden habe - und der im Endeffekt auch nicht besonders tragisch sei.

„Nicht tragisch“ mag das in der kurzfristigen Perspektive erscheinen, etwa wenn SPÖ und ÖVP zusammen „nur“ mehr vier Prozentpunkte verlieren wie zuletzt. Immerhin, könnte man sich trösten, haben sie noch einmal eine absolute Mehrheit errungen.

Langfristig ergibt sich aber folgendes Bild: In den ersten 30 Jahren der Zweiten Republik haben die beiden Parteien zusammen etwa fünf Prozentpunkte verloren und ähnlich geringfügig ging bis Mitte der 1980er auch die Wahlbeteiligung zurück.

Von 1986 bis 2013 aber brach die Unterstützung für die SPOVP²⁰ durch die Wähler aber regelrecht ein. Aufsummiert erreichten die Verluste 33,6 Prozentpunkte.

Das ist kein Erosionsprozess mehr. Das ist ein Niedergang, der sich nicht einmal annähernd mit deutschen Verhältnissen vergleichen lässt. Dort haben Union und Sozialdemokraten seit 1953 etwa sieben Prozentpunkte verloren.

Der größere Teil des Zusammenbruchs der österreichischen Volksparteien fällt zeitlich mit dem Aufstieg Jörg Haiders und der FPÖ zusammen. Die Auszehrung von SPÖ und ÖVP lässt sich aber nur zum Teil darauf zurückführen, wie die Wahlergebnisse in den vergangenen zehn Jahren zeigen.

2002, nach der Spaltung der FPÖ in Knittelfeld, konnte man kurzfristig meinen, für die „Altparteien“ wäre mit zusammen wieder 79 Prozent ein Zweiter Frühling angebrochen²¹. Momenthaft schien die Analyse, die Quelle der Schwierigkeiten sei eine von den Wählern ungerechtfertigt erklärte, ewige Oppositionspartei gewesen, zutreffend. „Die FPÖ verliert in der

¹⁹ OTS 211, 28.6.2013

²⁰ Block der ehemaligen Staatsparteien, bereinigt um den international unüblichen Buchstaben Ö

²¹ http://de.wikipedia.org/wiki/Nationalratswahl_2002

Regierung ihren ‚Sex-Appeal‘ und wird bei den Wahlen vernichtet. Seriöse Sach- und kantige Oppositionspolitik der ‚Staatsparteien‘ werden vom Wähler belohnt, Populismus bestraft“ - so oder ähnlich mochten am 25. November 2002 viele analysiert haben.

Aber schon vier Jahre später war klar, dass die Entzauberung der FPÖ nur wenig dazu beigetragen hatte, die Probleme der früheren Großparteien zu bewältigen. Nach einem Verlust von zehn Prozentpunkten war die jahrzehntelang so selbstverständliche Zweidrittelmehrheit fast schon wieder weg. SPÖ und ÖVP erreichten zusammen nicht einmal mehr 70 Prozent.

2008 - kurz vor dem Tod Haiders - verloren die rotschwarzen Kameraden noch einmal enorme 14,5 Prozentpunkte auf 55,2 Prozent - obwohl das in zwei Parteien zersplitterte (alte) FPÖ-Lager nicht über sein historisches Rekord-Wahlergebnis von 1999 hinaus kam und auch die Grünen Stimmen einbüßten.

	1999	2002	2006	2008	2013
SPÖ	33,2	36,5	35,3	29,3	26,8
ÖVP	26,9	42,3	34,3	26	24
SPOVP (Bet.)	60,1 (80,4)	78,8 (84,3)	69,7 (78,5)	55,3 (78,8)	50,8 (74,4)

Tabelle 2: Die Rutschpartie - NR-Wahlen in %

Ein halbes Jahr vor der Nationalratswahl 2008 schilderte das Nachrichtenmagazin „profil“ die Stimmung gegenüber SPÖ und ÖVP folgendermaßen: „Derzeit, zum Beispiel, langen in den Zeitungen, in den Telefonzentralen des ORF und in den Internet-Foren kaum Reaktionen ein, die der einen oder der anderen Partei die Schuld an der gegenwärtigen Misere geben. Aus ihnen spricht meist auch kein besonderer Zorn über ‚die da oben‘, sondern – weit schlimmer – nur noch blanke Verachtung. Man will nichts mehr, man erhofft sich nichts mehr, die Mehrheit will nicht einmal Neuwahlen.“

Die SPÖ wollte die sich abzeichnende Wahlkatastrophe durch einen Personalwechsel aufhalten. In aller Eile tauschte sie ihren glücklosen Kurzzeit-Kanzler Alfred Gusenbauer aus. Sein konservativer Kompagnon, der die Neuwahlen vom Zaun gebrochen hatte („Es reicht“), musste ein paar Monate später, nach der Wahlschlappe gehen.²²

Immerhin hatte das desaströse Duo es gerade noch rechtzeitig geschafft, mit Verfassungsmehrheit die Legislaturperiode zu verlängern. Das kam freilich erst ihren Nachfolgern zugute.

Auf der politischen Bühne erschienen Werner Faymann und Josef Pröll bzw. Michael Spindelegger - jeder von diesen demonstrativ bemüht, aber keiner um einen Deut weniger doppelzünftig als ihre Vorgänger. Zum ersten Mal hatte die große Koalition fünf Jahre Zeit, unbehelligt vom angeblichen Störfeuer durch Wahlen „arbeiten zu können“. Herausgekommen ist nicht viel - wenigstens nicht genug, um den jahrzehntelangen Wahltrend zu stoppen. Das Beste, was sich dieser Regierung seither nachsagen lässt, ist, dass sie glücklich genug war, einem Land vorzustehen, das sich am Rand jenes wirtschaftlichen Hurrikans halten konnte, der 2008 ausgebrochen war.

²² Wilhelm Molterer darf seither als EIB-Vizepräsident Milliarden-Kredite vergeben.

Schon ein Jahr vor den Wahlen konstatierte der „Kurier“ einen „dramatischen Zerfall der Parteienlandschaft“ und prophezeite die Unregierbarkeit des Landes: „SPÖ und ÖVP liegen derzeit nur mehr bei rund 45 Prozent (25 SPÖ, 20 ÖVP), und die beiden haben nicht einmal mehr wahlarithmetisch (..) eine Mandatsmehrheit im Nationalrat (..) Weg ist zurzeit auch die pro-europäische Zweidrittelmehrheit. SPÖ, ÖVP und Grüne bringen gemeinsam keine 60 Prozent der Stimmen zusammen (...)“

Am 29. September 2013 wurde es für SPÖ und ÖVP dann doch nicht ganz so schlimm. Die beiden ehemaligen Großparteien verloren zusammen „nur“ 4,4 Prozentpunkte, schafften es aber noch einmal, auf über 50 Prozent zu kommen. Und wie bisher können sie auch eine „pro-europäische Verfassungsmehrheit“ auf die Beine stellen - mit den Grünen und den NEOS.

Robert Musil hat vor 80 Jahren das Lebensprinzip der alten Monarchie als „Fortwursteln“ beschrieben und wenn der heutige Staat etwas von seinem Urgroßvater geerbt hat, ist es diese Art zu funktionieren. Vielleicht war das ganze Europaprojekt anfangs ja auch nur der Versuch, diesen Charakterfehler loszuwerden. Dann muss aber etwas ganz furchtbar schiefgegangen sein. Denn sie haben das österreichische Fortwursteln zum europäischen gemacht.

Blaues Wendemanöver

Haider ist immer vorgeworfen worden, er stelle den Grundkonsens der Zweiten Republik in Frage. Und das war manchmal so, manchmal wurde ihm das von politischen Konkurrenten aber auch nur angedichtet.

Der Mann war ein Provokateur. Er wühlte mit Lust in den Ängsten der Bürger, den Lebenslügen des Staats und in geschichtspolitischen Diskussionen, die damals wie heute nur im Schatten einer Strafandrohung von zehn Jahren Gefängnis stattfinden können.

Haider hatte zweifellos den Hang, die Nazis zu verharmlosen. Die Bezeichnung von KZ als „Straflager“ ist ein Beispiel dafür und die „ordentliche Beschäftigungspolitik“ auch.²³

Solche Aussagen waren die bewusste oder unbewusste Verletzung des antifaschistischen Grundkonsenses österreichischer Prägung. Zu diesem gehörte aber auch die Bewahrung der Eigenstaatlichkeit auf demokratischer Basis und diesen Teil hat Haider nie wirklich angetastet - im Gegensatz zu vielen seiner Kritiker.

Trotz ihrer deutschnationalen Tradition war die FPÖ die (neben den frühen Grünen) einzige politische Kraft, die sich der Eingemeindung des Landes in einen EU-Großstaat entgegenstellte. Für Haider und die Mehrheit der Freiheitlichen war mit dem Vertrag von Maastricht die Bruchstelle ihrer Europapolitik erreicht.

Im Sommer 1988, dem Jahr, in dem sich der Anschluss Österreichs zum 50. Mal jährte, löste Haider eine mehr oder weniger authentische Empörungswelle aus, als er sagte: „Das wissen sie so gut wie ich, dass die österreichische Nation eine Missgeburt gewesen ist, eine ideologische Missgeburt, denn die Volkszugehörigkeit ist die eine Sache und die Staatszugehörigkeit ist die

²³ Zu diesem Sager, der Haider das Amt als Kärntner Landeshauptmann gekostet hat, könnte viel gesagt werden. Der Ausdruck selbst war zweifellos eine Verniedlichung, die "Intention" hinter dieser Aussage ist leicht als Polemik gegen die Regierung in Wien zu erkennen. Das zugrundeliegende Thema "Drittes Reich und Arbeitslose" ist jedenfalls äußerst facettenreich und für die Gegenwart viel relevanter als es die "politisch korrekte" Diskussion vermuten lässt. Hitler war ein Keynesianer bevor es diesen Begriff noch gegeben hat.

andere Sache."

Haider stellte damit die eben erst erworbene kleinösterreichische Identität des Landes in Frage, nicht aber den Staat. Natürlich schwang auch mit, dass da jemand sprach, der sich und seine Kultur als deutsch definierte und der die Eigenstaatlichkeit als eine letztlich vorübergehende Sache betrachtete - ganz wie seine damaligen Stammwähler.

Doch das veränderte sich im Verlauf der folgenden zehn Jahre ohne dass Haider seine Haltung zur Neutralität (negativ) und zur NATO (positiv) aufgegeben hätte. Schritt um Schritt versuchte die FPÖ, das von den Großparteien preisgegebene österreichpatriotische Erbe anzutreten.

Natürlich passierte das aus Opportunität bzw. „Opportunismus“, wie Haider dies von Leuten vorgeworfen wurde, zu deren Anliegen die Deutschtümelei ohnedies nicht gehörte. In der Werbebranche würde man das etwas neutraler ausdrücken. Man würde vielleicht sagen: „Die FPÖ hat ein Marktsegment besetzt, aus dem sich ihre Mitbewerber zurückgezogen haben“. Den Endpunkt bildete das Programm von 1998, in dem sich die Blauen zur neuen Österreich-Partei erklärten.

Im Politologenzargon liest sich diese Entwicklung so: „Der ehemals in der Partei vorherrschende Deutschnationalismus wurde seither zur parteiinternen Subkultur und erst durch die Hinwendung zum 'Österreichpatriotismus' wurde die FPÖ für breitere Bevölkerungsschichten wählbar. Zur gleichen Zeit setzten ÖVP und SPÖ in ihrer Identitätspolitik neue Akzente. Dadurch überließen sie klassische Bereiche des Nationalbewusstseins und Nationalstolzes den Freiheitlichen, die sich seither als 'die wahre österreichpatriotische Partei' bezeichneten.“²⁴

Die FPÖ tat sich mit der neuen Nationalmarke sichtlich schwerer als die „Altparteien“, die ihre „Identitätspolitik“ offiziell ja nie geändert hatten. Das ist insofern paradox als die FPÖ durch den Positionswechsel ja viel mehr gewinnen als verlieren konnte.

Es gab drei Gründe, warum sie ihre Probleme damit hatte. Erstens war die alte FPÖ nicht nur deutschnationalistisch, sondern auch „proeuropäisch“ gewesen, wie man das heute ausdrücken würde. Schon in ihrem Bad Ischler Programm von 1968 bekannte sie sich zu einem „europäischen Bundesstaat unter Wahrung der Eigenart seiner Völker“. Das klang auch damals irgendwie verrückt, ist aber so ziemlich genau das, was SPÖ und ÖVP heute haben möchten, sich aber so (noch) nicht in ihre Programme zu schreiben trauen.

Zweitens hegte die FPÖ lange die Hoffnung, ein EG-Beitritt könne das alte Machtkartell unter Druck setzen und die stickige politische Stube durchlüften (wobei man wohl hoffte, als Reform- und Europapartei auch einmal an die Futtertröge geholt zu werden). Haider selbst glaubte lange Zeit, eine gegen das österreichische Establishment gerichtete „populistische“ Politik mit einem EG-freundlichen Kurs verschmelzen zu können.

Ein Beleg für diesen Wunschtraum ist eine Kontroverse im September 1991 um die Oesterreichische Nationalbank (OeNB), die der Oppositionspolitiker selbst angezettelt hatte. Er schlug vor, den „Privilegienstadl“ ganz abzuschaffen, denn mit der Einführung einer europäischen Währung brauche man ja keine österreichische Zentralbank mehr.

Es ist amüsant, aus einem zeitlichen Abstand von 20 Jahren den daraus entstehenden Wirbel

²⁴ Susanne Fröhlich-Steffen, Die Identitätspolitik der FPÖ: Vom Deutschnationalismus zum Österreich-Patriotismus, ÖZP 2004/3, <http://www.oezp.at/pdfs/2004-3-03.pdf>

nachzulesen, unter anderem die Reaktion des heutigen Gouverneurs Ewald Nowotny. Dieser, damals sozialdemokratischer Abgeordneter, erklärte den oppositionellen Schuss gegen die OeNB umgehend zur Gefahr für Wirtschaftspolitik und „Standort“.

Das letzte Wort in der Kontroverse hatten aber die Betriebsräte. Diese beschwichtigten, von einer Auflösung könne keine Rede sein, denn auch mit einer gemeinsamen Währung würden „bedeutende Aufgaben für die nationalen Notenbanken bestehen bleiben“²⁵ - das alles, bevor Maastricht noch unterzeichnet war und volle sieben Jahre vor der Einführung der Gemeinschaftswährung.

Die Episode zeigt nicht nur, dass Haider 1991 noch Reformhoffnungen in einen EG-Beitritt setzte, sondern auch, dass Institutionen wie die Nationalbank schon lange vor dem „Ernstfall“ wussten, dass sie nichts zu befürchten hatten.²⁶

Drittens bedeutete die österreichpatriotische Wende der FPÖ, dass Haider dem Deutschnationalismus abschwören musste. Das scheint dem FPÖ-Politiker besonders schwer gefallen zu sein. Es war ihm ein persönliches Bedürfnis, seinen ältesten Anhängern immer wieder zu „signalisieren“, dass er persönlich sich nicht verändert habe und er ihnen und ihren Ideen die Treue halte. Anders lässt sich seine Teilnahme an einem Treffen von Veteranen der Waffen SS noch 1995 nicht erklären.

Haider schien dabei anzudeuten, dass er die Sache, für die die Männer ins Feuer geschickt worden (und auf die sie nach Jahrzehnten noch stolz waren), irgendwie immer noch unterstütze. Natürlich fand der Auftritt seinen Weg in die Zeitungen und diese berichteten so, als habe Haider einem Haufen von KZ-Wächtern attestiert, sie seien „anständige Menschen“.²⁷

Der aus dieser Causa erwachsende politische Schaden war ehrlich verdient. Und er war beträchtlich, wie sich auch an der Nationalratswahl im Dezember 1995 zeigte, in der der Populist aus Kärnten erstmals Stimmen einbüßte. 1995 war aber nicht mehr als ein temporärer politischer Rückschlag.

Im Oktober 1999 erfolgte die - aus Sicht der Freiheitlichen - politische Krönung. Obwohl (weil?) Haider nicht Spitzenkandidat war, kam die frühere Fünfprozent-Partei auf fast 27 Prozent. Sie fuhr sogar um ein paar hundert Stimmen mehr ein als die ÖVP.

Um es zurückhaltend auszudrücken: Dieses Ergebnis nützte den Freiheitlichen nicht sonderlich. Sie zogen zwar wieder in eine Bundesregierung ein - aber als klare Nummer zwei hinter dem Verlierer der Wahl 1999, Wolfgang Schüssel. Den wirklichen Preis zahlten sie zwei Jahre später mit einer vernichtenden Niederlage.

Haider selbst war schon 1999/2000 mit Hilfe der EU in ein prächtiges Ausgedinge nach Kärnten geschickt worden. Dort durfte er tun, was ihm nach gewonnen Landtagswahlen sowieso zugestanden wäre: den Landeshauptmann spielen. Statt die Bundespolitik (allzu) unsicher zu

²⁵ OTS107, 2.9.1991

²⁶ Ihr Beschäftigtenstand ist seit 1999 übrigens um 4 Prozent gestiegen, obwohl wesentliche Aufgaben an die Europäische Zentralbank sowie an die neu geschaffene österreichische Finanzmarktaufsicht abgegeben worden sind. Bis auf Eisenstadt und St. Pölten, für die Wien zuständig ist, unterhält das Institut auch heute Außenstellen in jeder Landeshauptstadt.

²⁷ Die SS stellte die Wachmannschaften für die Konzentrationslager und die fanatischsten Kämpfer im Osten. Sie wurde im Nürnberger Prozess zur verbrecherischen Organisation erklärt. Aber nicht jeder SS-Angehörige war ein Kriegsverbrecher. Das Regime zog ab 1942 den Großteil der Rekruten zur Waffen SS ein - mit dem Effekt, dass die Überlebenden ein Leben lang stigmatisiert waren.

machen, durfte das nunmehrige „einfache Parteimitglied“ Landesfürst werden.

Dieses „System Haider“ erweckt heute den Anschein, als habe der Mann die Absicht gehabt, im südlichsten Bundesland die dunkle Seite des österreichischen Föderalismus zu karikieren. Nicht nur, dass im Land ein dichtes Netz aus Gefälligkeiten und Gegengefälligkeiten entstand bzw. adaptiert wurde; ganz im Stil wohlthätiger Landespatrone ließ es sich der neue Landeshauptmann nicht nehmen, eigenhändig öffentliche Mittel zu verteilen - als handle es sich um privates Geld.

Vor allem aber trifft Haider die Hauptschuld für die irren, ursprünglich 24 Mrd. Euro schweren Ausfallbürgschaften, die Kärnten für die landeseigene Hypo Alpe-Adria (HAA) übernahm. Es besteht kein Zweifel daran, dass die selbstmörderische Expansion dieser Bank zum größten Teil in die Ära Haiders fiel und dass dieser einem wahnwitzigen Management freie Hand ließ - jedenfalls solange ihm dieses seine Lieblingsprojekte finanzierte.²⁸

Er war der politisch Hauptverantwortliche. Über (gemeinsam mit der SPÖ beschlossene) Landesgarantien ließ er das Land Kärnten und seine Bürger für die abenteuerliche Politik des Bankmanagements haften. Mittlerweile dürfen alle Österreicher ihren Schädel dafür hinhalten.

Und trotzdem ist der 2008 bei einem mysteriösen Unfall ums Leben Gekommene bei weitem nicht der Alleinschuldige an einem Desaster, das die Österreicher bis jetzt 5 Mrd. Euro gekostet hat (bis die Bank abgewickelt ist, wird noch einmal wenigstens das Doppelte fällig.)

Haider funktionierte seit 1999 als Teil des Systems, gegen das er als Oppositionspolitiker so zu Felde gezogen war. Nicht nur, dass Kärnten mit der Haftungsübernahme das tat, was andere Bundesländer für "ihre" Landesbanken auch taten. Die Bankenaufscher des Bundes ließen die Hypo die längste Zeit gewähren ohne auch nur mit der Wimper zu zucken.

Haider gelang knapp vor dem Ausbruch der Finanzkrise - über einen dubiosen Zwischenschritt - ein merkwürdig vorteilhafter Verkauf an die BayernLB. Damit waren die massenhaften Kreditleihen, um die der Landeshauptmann wohl wusste unter die Erde gebracht. Die Sache war für ihn erledigt und "Kärnten war reich" - so hat sich "der Jörg" das damals wohl vorgestellt.

Doch die vor allem in Ex-Jugoslawien großzügig vergebenen Darlehen erwachten zu neuem Leben. Wie Zombies machten sich auf die Suche nach den Leuten, die für sie Bürgschaften abgegeben hatten.

Ende 2009 - Haider war damals schon ein Jahr tot - "schenkte" die BayernLB die vor dem Kollaps stehende Bank, für die sie zwei Jahre davor 3,7 Mrd. Euro bezahlt hatte, zurück. Dem damaligen österreichischen Finanzminister Josef Pröll blieb angeblich keine Wahl, als das fatale Präsent anzunehmen und das Institut zu verstaatlichen.

Um die genauen Umstände - was zum Zusammenbruch führte und ob die Notverstaatlichung wirklich gerechtfertigt war -, werden derzeit ein riesiger Prozess mit den Bayern und Dutzende Ermittlungsverfahren geführt.

Dass die BayernLB die Hypo binnen zwei Jahren abgewirtschaftet hätte, ist wohl nicht mehr als eine Schutzbehauptung.²⁹ Richtig ist, dass die Bayern vor Ausbruch der Krise noch einmal

²⁸ Siehe z.B. APA 246, 19.5.2010

²⁹ Siehe z.B. APA 446, 19.5.2010 "Kulterer sieht Schuld bei BayernLB"

kräftig mit Krediten geschleudert und die Bilanzsumme verdoppelt haben (und auch, dass der 15. September 2008³⁰ die Regeln des Banken-Spiels auf der ganzen Welt grundlegend verändert hat.)

Es ist aber nicht so, dass die Hypo Alpe Adria die einzige heimische Bank wäre, die massive Verluste im Osten machte und macht. Es stellt sich die Frage, ob die Kreditvergabe bei den anderen Instituten wirklich so viel konservativer war und ob die Kriterien, die heute auf die HAA angewendet werden, auch für die Analyse des Kreditportfolios größerer Branchenkollegen Verwendung finden.³¹

Jedenfalls haben damals alle österreichischen Banken nach denselben Regeln Ostkredite vergeben. Nach diesen konnten beispielsweise Hypothekarkredite von den Stammhäusern in Wien (und Klagenfurt) viel billiger gewährt werden als von den lokalen Töchtern in (Süd)Osteuropa; soll heißen: mit wesentlich mehr Eigenkapitalunterlegung.

Das ist nichts, was Haider für seine Bank durchgesetzt hätte. Es waren die zuerst "rot-" und dann "blauschwarzen" Gesetzgeber und Regulatoren, die es der HAA und dem Land Kärnten ermöglichten, diesen halsbrecherischen Kurs einzuschlagen. Die österreichische Bankengesetzgebung (und -regulierung) war nicht primär auf die Geschäftsinteressen der HAA zugeschnitten. Haider ist auch nicht für die dilatorische³² Behandlung des Problems durch zwei (vier) ÖVP-Finanzminister und ihnen beigeordnete SPÖ-Staatssekretäre verantwortlich.

Das ist übrigens auch der Grund dafür, warum die ÖVP und SPÖ keinen parlamentarischen Untersuchungsausschuss wollten. Das ist eigentlich unbegreiflich. Welch günstigere Gelegenheit hätte sich bieten können, die Schuld an der Budgetkatastrophe einem "verantwortungslosen, rechtspopulistischen Einzeltäter" zuzuweisen - dessen Ersttäterschaft unzweifelhaft ist und bei dem nicht einmal mehr die Gefahr besteht, dass er aus dem Nähkästchen plaudert? Eine bessere Werbung für "die Altparteien" hätte kein PR-Genie erfinden können.

Doch ach, wo immer man hinsah, winkten die Gewährsleute des alten Machtkartells aus dem Bild. Speziell welche auf einem ÖVP-Ticket, vor allem in der quasi-unabhängigen Kontrollbürokratie (Nationalbank, FMA) und im Finanzministerium. Nach dem parteipolitischen Zwitterwesen Grasser haben sich nach 2009 Josef Pröll und Maria Fekter besonders "verdient gemacht".

Pröll und seine Experten haben auffallend schlecht verhandelt und nicht realisiert, dass die Bayern die Kärntner Bank nicht so einfach hätten fallenlassen können. Sie haben letztlich erst dafür gesorgt, dass die Kärntner Landeshaftungen zum Problem der Republik Österreich wurden. Bis zur "Notverstaatlichung" hätten erst die Landesbank, der Freistaat und die nachrangigen Gläubiger bluten müssen, ehe die Reihe an das Land Kärnten gekommen würde.³³

Nach der Verstaatlichung hätten die beiden Finanzminister längst eine Bad Bank abspalten und deren Management einen klaren Abwicklungsauftrag geben müssen; Dass faule Assets mit der Zeit nicht auf wundersame Weise besser werden, hätte sogar einer fachkundigen Person

³⁰ Pleite von Lehman Brothers

³¹ Bei der HAA wurden 18 Mrd. An Aktiva in die Bad Bank transferiert, 8,5 von 13,5 Milliarden sind toxisch. Das sind 60 Prozent. http://www.format.at/articles/1413/581/373783/der-zombie-hypo?utm_source=Newsletter&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=format.at-NL Die sogenannten Non Performing Loans z.B der RBI liegen angeblich bei nur 10 Prozent.

³² <http://de.wikipedia.org/wiki/Dilatorisch>

³³ NZZ, 18.2.2014

intuitiv klar sein müssen. Auch hätten sich die Minister bei jedem Bankdirektor erfragen können, dass "Workouts" fauler Kredite umso besser verlaufen, je zügiger sie in Angriff genommen werden.

Stattdessen schossen die Politiker immer wieder Steuergelder ein und warteten auf bessere Zeiten.³⁴

Wem welcher Anteil der politischen Verantwortung zukommt, wird nie mit letzter Sicherheit beziffert werden können (derzeit lässt nicht einmal eine ungefähre Schadenshöhe absehen). Die Einschätzung, dass sich Haider und die ÖVP zu gleichen Teilen die überwiegende Verantwortung für den Endschaden teilen dürfen, wird nicht so weit daneben liegen. Eine kleinere Teilschuld dürfen sich auch Akteure auf einem SP-Ticket auf die Fahnen heften.

Österreich tour retour

"Bis Vieradreißig war I Sozialist. Das war aa ka Beruf. (...) Später bin I demonstrieren gängen für die Schwarzen...für die Heimwehr...net? Hab I fünf Schilling kriagt... Dann bin I ummi zu de Nazi...da hab I a fünf Schilling kriagt...naja, Österreich war immer unpolitisch." Helmut Qualtinger, Der Herr Karl

Nach dem Ende der nationalsozialistischen Diktatur war die ÖVP der unbestrittene Champion in Sachen Patriotismus. Nur die moskautreuen Kommunisten kamen ihr an vaterländischem Eifer nahe. Der von den Nazis umgebrachte Alfred Klahr begründete schon 1937 die Existenz einer eigenständigen österreichischen Nation, als die Kruckenkreuzler³⁵ Österreich noch als den „besseren deutschen Staat“ sahen.

Und 1945 schrieb der Kommunist Ernst Fischer, Kurzzeit-Regierungsmitglied und Chefredakteur einer mit Kriegsende entstandenen Tageszeitung namens „Neues Österreich“, eine Broschüre über die „Entstehung des österreichischen Volkscharakters“ - was sicherlich auch viel mit Parteilinie und der Feindschaft zu Hitler-Deutschland zu tun gehabt hat.

Das Kriegsende verursachte so etwas wie ein kollektives Trauma, in dem sich Kriegsstress, Angst, Schuldgefühle, Selbstmitleid und Wut mischten. Ein Teil der Überlebenden fand schnell zu einem österreichischen Nationalbewusstsein zurück, „eine Erfahrung des Wiederfindens und Wiedererlangens von Vertrautem, das verloren gegangen war“, wie ein Historiker schildert. Andere wandten sich aus innerer Überzeugung, wieder andere aus Opportunismus vom Deutschtum ab – wohl der gleiche Typus, der 1938 umgehend seine Loyalitäten verändert hatte. Bei den meisten dauerte es Jahre, bis sie die Erfahrung von sieben Jahren Tausendjährigem Reich verarbeitet hatten und mit sich selbst ins Reine gekommen waren.

Der Sozialhistoriker Ernst Bruckmüller spricht von einem „lange anhaltenden Schwebezustand“, der sich in Sachen Nationalidentität entwickelt habe.³⁶

Der Nationalsozialismus sei zwar vollständig diskreditiert gewesen, aber viele in den bürgerlichen und gebildeten Schichten hätten die großdeutsche Ideologie quasi mit der

³⁴ http://diepresse.com/home/wirtschaft/economist/1561302/Schweizer-Experten_HypoBadBank-haette-fruher-kommen-mussen?direct=1561441&_vl_backlink=/home/wirtschaft/economist/1561441/index.do&selChannel=107

³⁵ Vaterländische Front

³⁶ Ernst Bruckmüller, Die Entwicklung des Österreichbewusstseins. In: Kriechbaumer, Robert (Hg.): Österreichische Nationalgeschichte nach 1945. Wien/Köln/Weimar 1998, S. 369 - 396

Muttermilch eingesogen, während die Sozialdemokraten aus ideologischen Gründen lange skeptisch geblieben seien: „Hinter 'Österreich' könnte sich ja nach wie vor die Reaktion verstecken“, in den schwarzen Österreichpatrioten sei damals noch unschwer der politische Feind aus dem Ständestaat zu erkennen gewesen. Erst „ab etwa 1956 hat auch die SPÖ ein positiveres Verhältnis zur Problematik eines eigenständigen österreichischen Bewußtseins gefunden“.

Die neue, alte Heimat in der Mitte des geteilten Kontinents konnte zwar nicht mit Preußens Glanz und Gloria aufwarten, aber davon wollten die Wenigsten noch etwas wissen. Der neue politische Status quo hatte nicht unbedeutende Vorzüge und die Wirtschaft entwickelte sich nicht so schlecht. Auch in Österreich fand ein kleines Wirtschaftswunder statt. Die sicherheitspolitische Nagelprobe bestand die Republik 1956, bei der Niederschlagung des Ungarn-Aufstands.

Damals zeigte sich, dass die Österreicher ihre Aufgaben als neutraler Staat wahrnahmen, vor allem aber, dass die Sowjets gewillt waren, die Vereinbarung von 1955 zu respektieren. Was auf der einen Seite an militärischer Sicherheit abging, weil man nicht mehr direkt unter dem Schutz der Amerikaner stand, ersparte man sich auf der anderen Seite durch den Wegfall von Lasten, die aus einer Westintegration entstanden wären. Kurz: In der neuen Heimat am Grenzbalken zwischen Westen und Osten ließ es sich leben, unvergleichlich besser als in einer Kommandowirtschaft wie z.B. der Kriegswirtschaft des totalitären Großdeutschland oder in einem kommunistischen Mangelsystem.

Mit der Zeit verblasste die großdeutsche Indoktrination und die Republik legte sich ihre eigenen Geschichtsmythen und Symbole zu. Ein nationales Identitätsgefühl begann zu sprießen: „Ab den späten 1960er Jahren wird das Österreichbewusstsein im kollektiven Bewusstsein so dominant, daß man nun von einem österreichischen Nationalbewusstsein sprechen kann“, schreibt Bruckmüller, der die Entwicklung mithilfe von Umfragewerten aus drei Jahrzehnten schildert.

	1964	1970	1977	1980	1987	1989	1990	1992	1993
Österreicher = Nation	47	66	62	67	75	79	74	78	80
Österreicher keine Nation	15	8	11	11	5	4	5	5	6

Tabelle 3: Nation Österreich - Zustimmung in %

Kristallisationskern des neuen Nationalismus ist weder ein religiöser Auftrag noch eine rassische oder geopolitische Mission: „Diese nationale Identität bezieht sich eindeutig auf das Gebiet der Republik Österreich. Etwas weniger als drei Viertel der Österreicher hatten dabei das Nationsbild 'Staatsnation' im Sinn (Nation beruht auf Zustimmung der Menschen zu dem Staat, in dem sie leben).“

Für 1987 existiert ein Schnappschuss über die gefühlsmäßige Bindung der Befragten an verschiedene territoriale Einheiten. Das Ergebnis ist überraschend: Stärker noch als mit dem Heimatort und mit dem Bundesland fühlen sich die Befragten mit Kleinösterreich verbunden (zugegebenermaßen war dies zu diesem Zeitpunkt die erwünschte Antwort).

Hätte es damals bereits Meinungsumfragen gegeben, wäre ein solches Ergebnis in der Ersten Republik völlig undenkbar gewesen. Selbstdefinierte Europäer sind 1987 gerade einmal so häufig wie „Weltbürger“. „Deutsche“ gibt es zu diesem Zeitpunkt sogar noch weniger als Bürger des Planeten Erde.

Heimatort	29
Bundesland	27
Österreich	39
Deutscher	1
(Mittel)Europäer	2
Weltbürger	2
Anderes	1

Tabelle 4: Emotionale Verbundenheit; in %

Zum 40. Geburtstag geben Politiker von ÖVP, SPÖ und FPÖ - Fritz Bock, Hertha Firnberg und Wilfried Gredler - eine Art Liebeserklärung an die Zweite Republik heraus. Sie heißt „Österreich zuliebe. Der Staat, den alle wollten.“

Der Titel dieser Aufsatzsammlung antwortet auf ein in den 1970ern erschienenes Buch des Journalisten Hellmut Andics: „Der Staat, den keiner wollte“, die tragische Geschichte eines unter einem unglücklichen Stern geborenen Landes. Andics beschreibt, wie das erste Österreich aus der Konkursmasse der Doppelmonarchie entstanden ist und wie sich die sechs Millionen Restösterreicher gefragt haben, wer sie sind und wie sie künftig überleben können und keine schlüssige Antwort darauf gefunden haben.

Dieser Befund trifft auf die Zweite Republik nicht mehr zu, erklären Bock, Firnberg und Gredler 1985 sinngemäß: Das Großdeutsche Reich war eine schlimme Erfahrung, aber heute geht es uns wirtschaftlich gut, wir wissen, wer wir sind und wir leben in einem unabhängigen Staatswesen. Uns ist bewusst, dass unsere Kräfte beschränkt sind, aber eben deswegen verzichten wir darauf, uns in internationale Konflikte einzumischen. Wir bleiben neutral, eben weil wir selbst uns nichts vorschreiben lassen wollen.

Es ist wahr: Diesen Nachkriegspolitikern war bewusst, dass die Teilung Europas nach dem Zweiten Weltkrieg eine historische Ausnahmesituation war, die die Völker und Staaten zu ihrem eigenen Besten überwinden mussten. Aber das, was heute als "Europa" bezeichnet wird, lag jenseits ihres Horizonts, nicht nur, weil es ihnen an Fantasie mangelte. Das Gleiche gilt übrigens für die Neutralität, die heute oft als ausschließlich von den internationalen Zeitumständen erzwungenes Produkt angesehen wird.

Die damaligen Politiker wussten ebensogut über die Zwänge Bescheid, die 1955 geherrscht hatten - aber auch, dass Vertragstreue und Berechenbarkeit lebensverlängernd wirken können und dass Neutralität erst nach ein paar Generationen glaubwürdig zu werden beginnt. Und weil Selbstgefälligkeit bereits damals bekannt war, wurde schon einmal das Original mit der Kopie verwechselt: "Eine ähnlich dauerhafte, daher glaubwürdige Politik sehen wir auch am Beispiel der Schweiz, die zuerst durch 250 Jahre eine de facto Neutralitätspolitik und nun schon seit 150

Jahren eine de jure Neutralitätspolitik verfolgt."³⁷

Es war eine blasierte, hausbackene und ein wenig spießige Sicht der Dinge. Aber es war eine Perspektive, die eine Generation lang gegolten hatte und vor allem eine, die die eigenen Kräfte und Bedeutung realistisch einschätzte.

Ein paar Jahre später lässt eine zwischen Minderwertigkeitsgefühlen und Größenwahn hin- und hergerissene politische Klasse das alles nicht mehr gelten. Als wäre die Lebensphilosophie der Zweiten Republik wissenschaftlich widerlegt worden, wird eilig zum Abschied von der Doktrin der relativen Unabhängigkeit in der kleinen Welt geblasen. Die neue Lehre besagt das Gegenteil: Die vollkommene Abhängigkeit von der großen Welt.

Dieser Haltungswechsel wurde und wird in den Reden der Politiker und Wirtschaftskapitäne über die Jahre tausendfach abgewandelt, am besten kommt er aber in einem alten Zeitungskommentar zum Ausdruck, den der damalige SPÖ-Klubobmann Josef Cap bei der Debatte um den Vertrag von Lissabon verwendet: „Erwählen wir uns freiwillig ein krisenanfälliges, gefährliches Zwergendasein, oder setzt sich unsere alte Sehnsucht nach Paneuropa durch?“³⁸

Hier Krise, Gefahr und Kleinheit, dort Wohlstand, Sicherheit, Paneuropa. Prägnanter konnte die von Andics beschriebene Ideologie nicht geschildert werden. Um den Ungeist der Ersten Republik wiederzugeben, hätte man nur das Wort „Paneuropa“ durch „Großdeutschland“ ersetzen müssen. Wie damals hieß es plötzlich wieder: Ein Kleinstaat ist in der Welt von heute wirtschaftlich nicht überlebensfähig und militärische Sicherheit kann er nur über die Preisgabe seiner Unabhängigkeit erlangen.

1988 hatte das Gemurmel, wie sich die Zeiten doch geändert hätten, Zimmerlautstärke erreicht. Die österreichischen Oligarchen hatten sich insgeheim bereits für einen Vollbeitritt entschieden, doch ähnlich einem Öltanker benötigt ein Staatsschiff für die Umkehr einen großen Wenderadius und viel Zeit.

Das patriotische „Bäumchen wechse Dich“-Spiel zwischen den Parteien wurde von den Medien kaum wahrgenommen bzw. falsch eingeschätzt, vielleicht wegen der Langsamkeit des Prozesses, weil SPÖ und ÖVP nur wenig Aufhebens um ihren Fahnenwechsel machten oder auch wegen der manisch-depressiven Art Haiders und der zwanghaften Skandalisierung, die er erfuhr. Deutlicher als die Zeitungen scheinen die Wähler selbst diesen Prozess wahrgenommen zu haben.

SPÖ und ÖVP befanden sich in einem Dilemma wie Unternehmen, die ein verbessertes Produkt herausbringen wollten. Es gibt in einer solchen Situation ein fundamentales Kommunikationsproblem: Einerseits wollen die Anbieter die zufriedenen Kunden der alten Ware nicht verlieren, andererseits eben eine neue Ware/Marke verkaufen, möglichst zu einem besseren Preis. Die Entscheidung für die Produktinnovation ist unwiderruflich gefallen, aber die Umstellungskosten müssen so gering wie möglich gehalten werden.

Hersteller von Konsumgütern versuchen in einer solchen Lage manchmal, den Stier bei den Hörnern zu packen, nach dem Muster eines umgetauften Schokoriegels („Raider heißt jetzt

³⁷ Josef Klaus in einer 1965 gehaltenen Rede, in: Klaus, Führung und Auftrag, 1985, S. 84

³⁸ NR-Debatte, 9.4.2008. Die Verwendung dieses 1994 geschriebenen Satzes war ein subtiler Hohn gegenüber einem ehemaligen Weggefährten: Dessen Autor, Hans Dichand, hatte in den Wochen davor ebenso vehement wie vergeblich eine Volksabstimmung über den Vertrag von Lissabon verlangt.

Twix").³⁹

Nicht so die politischen Parteien. Ein derart brachiales Vorgehen musste auf jeden Fall vermieden werden, denn mit einer schockartigen Neupositionierung hätte man kurz- und vielleicht auch längerfristig politisches Kapital eingebüßt.

Die gewählte Lösungsvariante heißt im Marketing-Sprech „Soft Rebranding“⁴⁰, das langsame Ausblenden des alten Designs bzw. die schrittweise Annäherung an die neue Firmenidentität. Idealerweise steht der Konsument am Ende vor einem völlig neuen Produkt und kann sich nicht mehr entsinnen, früher jemals eine andere Ware gekauft zu haben.

Speziell die ÖVP, die unter anderem aus nationalpolitischen Gründen eine Koalition mit Haider ablehnte („Wir sind eine Österreich-Partei“), durfte den Markenwechsel nicht zu abrupt vollziehen. Aus der ehemaligen Heimatpartei wurde die „Österreichpartei in Europa“⁴¹. Sozusagen zum Ausgleich garnierte sie jeden Integrationsschritt mit Beteuerungen besonders eifriger Vaterlandsliebe. Gern und ausgiebig beschwor sie ihre patriotischen Champions aus den 1950er-Jahren.⁴²

Der Staat, den keiner wollte – Teil II

Vergleicht man die kleinösterreichischen Staaten nach 1918 bzw. 1945, wird das zeitgenössische Klagelied über die Erste Republik verständlicher. Ihre politische und wirtschaftliche Ausgangssituation war miserabel. Verdient oder nicht – die Überlebensvoraussetzungen der Zweiten Republik waren in jeder Hinsicht besser. Sie hat sich in einer historischen Gunstlage entwickeln können.

Die Zweite Republik war - wenn es so etwas gibt - ein erfolgreicher Staat. Umso bedrückender mutet die Leichtfertigkeit an, mit der die Enkel sie für europäische Luftschlösser aufzugeben bereit waren.

Beide Staaten entstanden aus einer militärischen Niederlage: In beiden Fällen war der einheitliche Wirtschaftsraum durch den Krieg zerrissen worden - zuerst durch die Zergliederung des Habsburgerreichs in St. Germain und das zweite Mal durch die Besatzungszonen der Alliierten.

Weil es 1919 in der Heimat keine Sachschäden durch den Krieg gab, mag die Situation für die Überlebenden nicht ganz so schlimm gewesen wie 26 Jahre später. Politisch gesehen hatte Deutsch-Österreich - wie sich der Nachfolgestaat anfangs nannte - aber wesentlich schlechtere Karten.

Vom kaiserlichen Doppeladler war nicht mehr als ein ausgeblutetes Etwas geblieben, über das der französische Premier Georges Clemenceau sagte: „Österreich ist der Rest.“ Die Produktion war gegenüber der Vorkriegszeit um ein Drittel eingebrochen, es herrschten Nahrungs- und Rohstoffmangel und mit drei, vier Jahren Verzögerung mussten Arbeiter und Beamte, Konsumenten und Sparer erneut für eine noch aus dem Krieg offen gebliebene riesige Rechnung aufkommen. Eine Hyperinflation zerstörte die aus der Monarchie übriggebliebene Kronenwährung und ließ Teile des Kleinbürgertums verarmen.

³⁹ http://www.youtube.com/watch?v=OP84_ajwbCc&noredirect=1

⁴⁰ <http://en.wikipedia.org/wiki/Rebranding>

⁴¹ Formulierung im Grundsatzprogramm von 1995

⁴² Siehe z.B. Erhard Busek am 21.4. 1995, OTS 048, "Busek: ÖVP ist die Österreich-Partei schlechthin"

Die Sieger versagten dem als Staat getarnten Armenhaus die Bedingungen, die er benötigt hätte, um sich allein fortbringen zu können. Zusammen mit den alten Verpflichtungen und dem Geld, das 1923 für das schiere Überleben aufgenommen werden musste, war man von Anfang an hoffnungslos überschuldet und befand sich in einer Situation, die in mancher Hinsicht jener des heutigen Griechenland gleicht.

Das erste Österreich war in keiner Weise selbstbestimmt. Nach der Aufnahme der Genfer Anleihe wurde es einem internationalen Aufpasser unterstellt, der im Auftrag der Gläubiger überwachte, dass die Regierung nicht zu viel Geld ausgab und dass sie nicht auf die Idee kam, sich Deutschland anzuschließen. "Im Endeffekt brauchten die österreichischen Sozialisten tatsächlich keinen Bankgewaltigen als direkten Gesprächspartner akzeptieren. Hinter Zimmermann stand jedoch das Finanzkomitee des Völkerbundes, dessen Mitgliederliste sich wie ein Bankiersgothas aus der Zwischenkriegszeit liest. Aus dem Kreis der Angehörigen des Finanzkomitees rekrutierten sich zum Teil die Treuhänder der österreichischen Völkerbundanleihe."⁴³

Deswegen ist nicht verwunderlich, dass nicht nur deutschnationale, sondern auch sozialdemokratische Politiker nichts vom neugeschaffenen Kleinösterreich hielten und von Anfang an den Anschluss an den großen Bruder im Norden anstrebten. Christlichsoziale und andere Bürgerliche konnten dies nicht allzu offen tun, weil sie in praktisch jeder Regierung vertreten waren und wenigstens offiziell die politische Existenzgrundlage der Esten Republik mittragen mussten. Sie versuchten, mit einer Zollunion wenigstens die Handelschranken gegenüber Deutschland einzureißen - ohne Erfolg. Die Siegermächte verboten es ihnen. Das niedere Volk hasste den Knauser- Staat schon, bevor dieser schon mit seinen Kürzungen, Steuererhöhungen und Kündigungen richtig angefangen hatte.

Die „Völkerbundanleihe“ von 1923 trug zwar einen freundlich klingenden Namen – sie war mit 9-10 Prozent Zinsen (effektiv) aber alles andere als ein „Soft Loan“.⁴⁴

Ein paar Jahre - zwischen der Hyperinflation und der Weltwirtschaftskrise - schien die Stabilisierung auch gelungen zu sein. Der erste Teil des Kredits ging zur Abdeckung der Budgetdefizite 1922-23 drauf, der andere Teil konnte ein paar Jahre später immerhin für staatliche Infrastrukturinvestitionen verwendet werden.

Aber der Preis war hoch. Der von der League of Nations entsandte Finanzkommissar wachte darüber, dass die (in diesem Fall wirklich) drakonisch strengen Auflagen auch erfüllt wurden. Rückzahlbar war der 650 Millionen-Kronen-Kredit in harter Währung. Die Kreditsumme entsprach (ohne Zinsen) 198 Tonnen Gold - das Zweieinhalbfache jener Menge, die Hitler 1938 aus Österreich abtransportieren lassen sollte.

Bis zum "Anschluss" kam die Republik auch ihren Verpflichtungen nach, sowohl die (Nachfolgerin der) Genfer als auch die Lausanner Anleihe wurden ordnungsgemäß bedient. Das machte freilich eine „scharfe Austeritätspolitik“ notwendig, wie man heute sagen würde. 1925 musste die Regierung etwa 27 Prozent ihrer Ausgaben für die Bedienung der Schulden stecken,

⁴³ Peter Berger, Im Schatten der Diktatur, Wien 2000, S. 72

⁴⁴ Dafür scheint sie in der heutigen politischen Klasse aber gehalten zu werden. Als der Autor dieser Zeilen einmal Zweifel an den Griechenland-Krediten durchblicken ließ, hielt ihm ein hoher politischer Funktionär entgegen: "Uns ist früher auch geholfen worden, ohne dass wir alles zurückzahlen hätten müssen - zum Beispiel mit der Völkerbundanleihe." Er schien sich darauf zu beziehen, dass die Bezahlung des nach dem 2. Weltkrieg noch ausstehenden Viertels über eine Pauschalvereinbarung geregelt wurde

ein Vielfaches des heutigen Schuldendienstes.

Die hohen Zinsen waren ein Faktor, der heute nur schwer verständlich scheint, vor allem angesichts des Umstands, dass andere Staaten die Ausfallbürgschaft übernommen hatten und die Verschuldung um ein Vielfaches unterhalb der heutigen lag. Die direkte Bundesschuld der Ersten Republik betrug Ende 1930 gerade einmal 18 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (ohne Altverpflichtungen).

Die internationalen Schulden und die Finanzkontrolle bildeten sozusagen das Spielbrett, auf dem sich der politische Konflikt zwischen Sozialdemokraten, Christlichsozialen und Deutschnationalen abspielte. Dieser Parcours war so angelegt, dass kaum Chancen bestanden, ihn zu bewältigen.

Die Situation nach 1945 war eine völlig andere und dies war zu einem Gutteil auf „glücklichere Umstände“ zurückzuführen - beginnend von der Großzügigkeit der Amerikaner bis hin zum Kalten Krieg, von dem die Zweite Republik profitieren konnte.

Die (faktischen) Reparationen, die an die UdSSR abgeführt wurden, erreichten zwar Milliardenhöhe⁴⁵, im Vergleich zum Ersten Weltkrieg blieben sie aber gering; die Westalliierten verzichteten auf das ihnen eigentlich zustehende deutsche Eigentum. Und als einziges (auch) von Sowjettruppen besetztes Land erhielt Österreich Hilfe aus dem Marshallplan. Es handelte sich um Grants und keine rückzahlbaren Kredite. Diese Zuschüsse fielen, relativ gesehen, deutlich höher aus als in den meisten anderen europäischen Ländern. Zusammen machten sie 1,1 Mrd. Dollar aus. 1949 und 1950 betrug die Mittel aus dem Hilfsprogramm jeweils sieben bis acht Prozent des österreichischen BIP (kaufkraftbereinigt).⁴⁶

Weil Österreich der EWG nicht beitreten durfte, musste es sich 1973 mit der zweitbesten Lösung begnügen, die aber auch nicht schlecht war. Mit einem Assoziationsabkommen gelang eine weitgehende wirtschaftliche Integration in die Wirtschaftsgemeinschaft. Ausgenommen waren beispielsweise agrarische Produkte. Vor allem für exportorientierte Industriebetriebe war dies die wohl wichtigste Weichenstellung in der Nachkriegsgeschichte: Man hatte mit einem Schlag gleichberechtigten Zugang zu einem Markt von 270 Millionen Menschen gewonnen.

Die Einheitliche Europäische Akte und das Binnenmarktprojekt der EG haben 15 Jahre später den Wunsch entstehen lassen, diesen Marktzugang zu erhalten und womöglich auszubauen. Insofern lagen die Verhandlungen über den EWR bzw. den Vollbeitritt auf der Linie dessen, was die österreichischen Regierungen immer schon angestrebt hatten.

Eine gemeinsame Währung oder gar eine Staatenbildung waren aber nie Teil des ursprünglichen Konzepts gewesen.

Als Österreich 1995 den Beitritt vollzog, war in der damaligen EU sowohl das eine als auch das andere erst im Keim angelegt. Die politische Integration war das Fernziel, aber es gab damals auch schon genügend Schüsse vor den Integrations-Bug. Beispielsweise die Ausnahmen für die Engländer und Dänen und „misslungene“ bzw. äußerst knappe Abstimmungen: Dänemark 1992 (knappes Nein zu Maastricht), Frankreich 1992 (knappes Ja zu Maastricht), Schweiz 1992 (knappes Nein zum EWR) und Norwegen 1994 (knappes Nein zum EU-Beitritt).

⁴⁵ Konkret handelte es sich um den Abtransport von zehntausenden Fabrikanlagen, die Ausbeutung deutschen Eigentums in der sowjetischen Besatzungszone bzw. um 1955 vereinbarte Ablösezahlungen und -lieferungen

⁴⁶ Josef Haas, 60 Jahre Marshallplan - eine Würdigung aus österreichischer Sicht. In: Geldpolitik und Wirtschaft, 2007/2, S.138

All das hätte man zum Anlass für eine vorsichtig-distanzierte Haltung nehmen können - gerade in einem kleinen Land. Niemand hätte Österreich eine solche Haltung übel nehmen können. Aber nein! Nach dem Beitritt stürzten sich die Wiener Regierungen wie wild ins Schlachtengetümmel um die Staatenbildung - fanatisch und mit dem Eifer des Novizen. Dass die Bürger das nicht wirklich wollten, kümmerte sie wenig.